

# Deutschkurse bringen Kantone ins Dilemma

Viele Stände müssen die Ausgaben kürzen, gleichzeitig steigen wegen der wachsenden Flüchtlingszahlen die Kosten

Bei den Sprachkursen für Flüchtlinge zu sparen, ist keine gute Idee. Darin sind sich die kantonalen Regierungen einig. Einige sehen den Ausweg nun aber darin, die Kosten an die Gemeinden abzuschieben.

CAMILLA ALABOR

Die Mehrheit der Kantone budgetiert fürs nächste Jahr rote Zahlen. Entsprechend versuchen die Finanzdirektoren, die Ausgaben wieder ins Lot zu bringen. Doch gerade im Asylbereich ist dies nicht einfach, da im letzten Jahr deutlich mehr Asylsuchende in die Schweiz kamen. Das sorgt einerseits für höhere Kosten. Andererseits ist das Sparen in diesem Bereich besonders heikel, da kurzfristige Einsparungen – insbesondere bei Sprachkursen – langfristig höhere Kosten zur Folge haben, wenn die Integration in den Arbeitsmarkt nicht gelingt.

Was also tun? Die Antworten fallen je nach Kanton sehr unterschiedlich aus. In Zürich streicht die Bildungsdirektion die Beiträge an Sprachkurse für Migranten und Secondos, um über drei Jahre hinweg 5,8 Millionen Franken einzusparen (NZZ, 8. 11. 2016). Im Gegensatz dazu werden die Kurse für Flüchtlinge zwar auch künftig bezahlt. Doch sind am Ende auch sie davon betroffen, weil sich durch die Massnahme das Angebot an Deutsch- und Alphabetisierungskursen im ganzen Kanton reduzieren wird. Ändern könnte sich das höchstens noch, wenn die Gemeinden einspringen und die Kurse aus eigenen Mitteln finanzieren.

## Freiwillige helfen aus

In St. Gallen wiederum gilt seit diesem Jahr eine Obergrenze für die Anzahl Lektionen, die Flüchtlinge im Rahmen



Im Grundsatz sind Deutschkurse für Migranten unbestritten. Wer sie bezahlen soll, ist eine andere Frage.

EDRAN BASIC / NZZ

eines Sprachkurses besuchen können. Dies, weil die Integrationspauschale des Bundes nicht ausreicht, um die Ausgaben zu decken. Um das Angebot beizubehalten, hätte die Regierung das Budget erhöhen müssen, was aber nicht zur Diskussion stand. Die Gemeinden stellen daher ab nächstem Sommer ein zusätzliches Angebot bereit: In den Quartierschulen sollen Freiwillige Deutsch unterrichten.

St. Gallen stört sich an der Höhe der Integrationspauschale, die der Bund den Kantonen pro Flüchtling zahlt, und ist

damit nicht alleine. Bereits im Sommer hat die Luzerner Regierung festgehalten, dass die 6000 Franken pro Person nicht kostendeckend seien. Laut ihrer eigenen Berechnung kostet die Integration eines Flüchtlings über 26 000 Franken. Die Kantone drängen deshalb den Bund, die Integrationspauschale deutlich zu erhöhen. Die Konferenz der Kantonsregierungen arbeitet derzeit einen Bericht dazu aus, der Anfang nächsten Jahres fertiggestellt wird.

In Luzern hat sich die Regierung trotz drastischen Sparmassnahmen da-

gegen entschieden, bei den Sprachkursen zu kürzen. Vielmehr habe man infolge der Ankunft vieler junger Flüchtlinge entschieden, die Mittel für Sprachkurse und Jobtrainings zu erhöhen, sagt Regierungsrat Guido Graf. Bis 2020 stehen dafür rund 12,5 Millionen Franken mehr zur Verfügung.

Allerdings hat auch Luzern versucht, die Kosten von Flüchtlingen auf die Gemeinden abzuschieben. Ursprünglich sah das Sparprogramm der Regierung vor, dass die Gemeinden bereits nach acht Jahren für die Sozialhilfe von

Flüchtlingen aufkommen müssen, statt wie bisher nach zehn. Nach heftigem Widerstand wurde dieser Punkt wieder fallengelassen.

Wie Luzern, so muss auch der Kanton Aargau den Gürtel enger schnallen: Die Regierung will nächstes Jahr 126 Millionen Franken einsparen – ein happiger Betrag. Auf Sparmassnahmen bei Deutschkursen habe man indes verzichtet, «weil die Bedeutung des Spracherwerbs unbestritten ist», wie Barbara Cavelti vom kantonalen Amt für Integration sagt. Ganz ohne Sparprogramme kommen dieses Jahr Bern und Basel-Stadt aus. Entsprechend gibt es dort auch keine Pläne, die Unterstützung für Sprachkurse zu streichen.

## Ohne Deutsch geht's nicht

Das Fazit: Selbst in finanzpolitisch schwierigen Zeiten folgen die meisten Kantone dem Grundsatz, dass ohne solide Deutschkenntnisse die Integration von Flüchtlingen nicht möglich ist. Das gilt zumindest so lange, wie der Bund für den Grossteil der Kosten aufkommt – solange also die Integrationspauschale greift oder der Bund über die Sozialhilfe die Kosten für Sprachkurse bezahlt. Wenn die Kantone darüber hinaus hohe Beiträge aus der eigenen Tasche berappen müssen, ist die Versuchung dagegen gross, Mittel zu streichen oder das Problem an die Gemeinden auszulagern.

Verschärft werden könnte das Ganze durch das Sparpaket, welches der Bundesrat plant. Dieses sieht vor, dass der Bund 2018 und 2019 bei den Zahlungen der Integrationspauschalen an die Kantone je 78 Millionen Franken einspart. Der Ständerat hat sich gegen diese Massnahme ausgesprochen; die beratende Finanzkommission des Nationalrats schlägt sich dagegen auf die Seite des Bundesrats. Der Nationalrat wird sich mit der Vorlage in der Wintersession beschäftigen.